

Stand: 15.11.2024 04:23:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/213

"Damit Bayern bayerisch bleibt - Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/213 vom 30.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/250 vom 31.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 31.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Damit Bayern bayerisch bleibt – Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, im Zuge des neu zu erstellenden Masterplans „Remigration“ die Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr von Schutzsuchenden in das jeweilige Herkunftsland oder die Weiterwanderung in einen aufnahmebereiten Staat im Rahmen des vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, den zuständigen Ministerien der Bundesländer sowie vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU (AMIF) geförderten humanitären Programms Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany (REAG) and Government Assisted Repatriation Program (GARP) zu verstärken, indem für sogenannte Integrationsmaßnahmen vorgesehene Mittel hierfür verwendet werden.

Begründung:

„Die CSU will ein Europa, in dem Deutschland deutsch und Bayern bayrisch bleibt.“

Diesen Leitgedanken aus den 1990er Jahren greift dieser Antrag auf.

Die unbegrenzte Einwanderung der letzten Jahre brachte immense finanzielle Belastungen für die bayerische Bevölkerung und den Freistaat Bayern mit sich. Sowohl die Steuerzahler als auch die Kommunen tragen schlussendlich die finanziellen Lasten für die verfehlte Asylpolitik der jeweils verantwortlichen deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union. Neben der hier nicht in Frage gestellten Grundversorgung von Schutzsuchenden verursachen staatliche Maßnahmen zur Integration einen Großteil der Kosten. Diese Kosten sind wenig kalkulierbar, zeitlich und summenmäßig offen und nach humanitären Grundsätzen nicht notwendig. Integrationsmaßnahmen jeglicher Art sind Zusatzleistungen und führen meist zu einer Schwächung der Rückkehrbereitschaft. Trotz größter Integrationsbemühungen in der Vergangenheit konnte die Herausbildung von Parallelgesellschaften nicht verhindert werden. Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit sind bei den einzelnen Schutzsuchenden ungleich ausgeprägt und können auch durch eine Vielzahl von Integrationsangeboten nicht ausreichend gesteigert werden. Dieser Realität trägt die Staatsregierung nunmehr Rechnung.

Der von der Staatsregierung neu zu erstellende Masterplan „Remigration“ beinhaltet die massive Aufstockung der Finanzmittel für das bereits existierende humanitäre Förderprogramm REAG/GARP der Internationalen Organisation für Migration (IOM). REAG gewährt Beihilfen für die Beförderung in das jeweilige Herkunftsland, GARP unterstützt mit Starthilfen einen Neuanfang in einem Drittstaat. Im Zusammenwirken mit einer weiten Fassung der Förderberechtigten auf Schutzsuchende mit offenem oder anerkanntem Schutzstatus wird ein Anreizsystem geschaffen, das die Rückkehrwilligkeit dauerhaft fördert und den Steuerzahler langfristig entlastet. Zusätzliche Haushaltsmittel werden dafür nicht beansprucht. Die Fördergelder sind von den für die Integrationsmaßnahmen bereitgestellten Finanzmitteln umzuleiten, da sie einen gleichwertigen Ersatz

darstellen und demselben Personenkreis zugutekommen. Schutzsuchende mit abgelehntem Schutzstatus bekommen weder Zugang zu Integrationsmaßnahmen noch zu Ausreisebeihilfen.

Der Freistaat Bayern setzt damit neue migrationspolitische Akzente, vollzieht eine Wende in der Einwanderungspolitik und leitet im ersten Schritt die überfällige Korrektur der Fehlentwicklungen in der Asylfrage ein.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/213

Damit Bayern bayerisch bleibt – Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christoph Maier

Abg. Karl Straub

Abg. Andreas Winhart

Abg. Gülseren Demirel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Damit Bayern bayerisch bleibt - Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise (Drs. 18/213)

Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion für diesen Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Abgeordnete Christoph Maier für die antragstellende AfD-Fraktion das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CSU will ein Europa, in dem Deutschland deutsch und Bayern bayerisch bleibt. – Um diesen Forderungen aus den 1990er-Jahren hinreichend Ausdruck zu verleihen, ist heute mehr denn je erforderlich: Remigration vor Integration. Dies ist deshalb auch eine der zentralen Forderungen der AfD. Sie ist getragen von der Überzeugung, dass alle Menschen, sowohl die zu uns Kommenden als auch die indigenen Deutschen, ein Recht auf Heimat und Identität haben.

Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion "Damit Bayern bayerisch bleibt – Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise" trägt dieser Überzeugung hinreichend Rechnung. Er versteht sich dabei als Bestandteil des einwanderungspolitischen Drei-Säulen-Konzeptes der AfD. Neben einem Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild und einer konsequenten gezielten Rückführung aller nicht aufenthaltsberechtigten Personen fordern wir die vermehrte Schaffung von Anreizen zur freiwilligen Rückkehr von Migranten in ihre Heimatländer.

(Beifall bei der AfD)

Für diese Forderung gibt es gute Gründe. Soziokulturelle Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Er setzt objektiv eine hinreichende soziale und kulturelle Kompatibili-

tät voraus sowie den Willen und das Vermögen, sich in eine Kultur zu integrieren. Je größer die kulturelle Distanz zwischen der Aufnahmegesellschaft und den zu integrierenden Neuankömmlingen ist, desto geringer ist die Chance auf Integration. Die Bereitschaft, sich zu integrieren, muss auch gerade bei Zuwanderern aus muslimisch geprägten Kulturkreisen kritisch betrachtet werden. Oft sehen diese Integrationsbemühungen als Verrat an ihren eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln. Hinzu kommen unsererseits fehlende Identifizierungsangebote. Gleichzeitig erleben wir neben einem übersteigerten Individualismus auch eine Verleugnung und eine Geringschätzung der eigenen deutschen Traditionen, was Integrationsbemühungen insgesamt abschwächt.

Zu diesen eher qualitativen Momenten tritt ein quantitatives hinzu. Integration kann nur gelingen, wenn der Anteil der zu Integrierenden begrenzt ist und die Integrationskapazität des Aufnahmesystems nicht überdehnt wird. Beachtet man all dies nicht, sind Desintegration, Segregation und die Bildung von Parallelgesellschaften fast notwendige Folgen.

Genau diese Entwicklungen aber beobachten wir in Deutschland in drastisch erhöhtem Maße seit dem rechtswidrigen Öffnen der Grenzscheusen für Wanderungswillige aus der ganzen Welt im Jahre 2015. Rund 1,5 bis 2 Millionen zumeist illegaler Einwanderer haben seitdem die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Nur ein Bruchteil der hier Ankommenden kann einen Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention beanspruchen. Zu diesem Schluss kommen auch renommierte Gutachter wie Udo Di Fabio. Nur ein geringer Teil der Geflüchteten hat Anspruch auf Asyl. Sogenannte Kriegsflüchtlinge wie etwa Syrer genießen hingegen nur subsidiären Schutz. Das heißt, sie müssen nach Wegfall des Fluchtgrundes in ihre Heimat zurückkehren. Dies betrifft immerhin 37 % der Immigranten. Einhergehend mit dieser Entwicklung erleben wir explodierende Kriminalität und Gewalt gegen Einheimische, aber auch unter verschiedenen Flüchtlingsgruppen. Die einheimische Bevölkerung ist zusehends verunsichert. Nach dem Prinzip "mehr von demselben" versucht die etablierte

Politik, ihre fehlgeleitete Integrationspolitik mit noch mehr Geld der Steuerzahler solange als möglich fortzusetzen und das Eingeständnis ihres Scheiterns hinauszuzögern.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist allerdings sinnlos, Menschen, welche erkennbar zur Rückkehr in ihre Heimat verpflichtet sind, mit teuren und aus oben genannten Gründen oft erfolglosen Integrationsmaßnahmen zu bedenken.

Der Lösungsvorschlag der AfD sieht anders aus. Wir fordern Anreize zur freiwilligen Rückkehr. Statt nur am deutschen Arbeitsmarkt orientierter Berufsausbildungsmaßnahmen wollen wir auch Ausbildungsmaßnahmen handwerklich praktischer Art, welche die Menschen befähigen, nach ihrer Rückkehr am Aufbau ihrer Heimat mitzuwirken. Die dazu notwendigen Fördergelder wären kostenneutral aus den bereits bereitgestellten Finanzmitteln für Integrationsmaßnahmen umzuleiten. Der deutsche Steuerzahler würde somit nicht zusätzlich belastet. Klar muss aber auch sein: Wer von Rechts wegen keinen Anspruch auf Aufenthalt in unserem Land hat oder diesen aufgrund krimineller Aktivitäten verwirkt, darf keinen Zugang zu Integrationsmaßnahmen erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme jetzt zum Schluss. Gerade diejenigen Migranten, welche den oft kraftvollen und kräftezehrenden Weg aus ihren Heimatländern bis nach Deutschland schaffen, sind meist nicht die besonders Schutzbedürftigen. Im Gegenteil, es sind nicht selten die stärksten und finanzkräftigsten, vielfach junge Männer im wehrfähigen Alter. Es ist also geradewegs eine humanitäre Pflicht, diese Menschen so gut wie möglich dabei zu unterstützen, sich schnellstens mit all ihrer Kraft beim Wiederaufbau ihrer Heimatländer einzubringen.

(Beifall bei der AfD)

Genauso muss es unsere patriotische Pflicht sein, unser Land vor den unkalkulierbaren Risiken und Kosten eines ungesteuert und unbegrenzt stattfindenden Bevölkerungsaustauschs zu bewahren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter Maier. – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Karl Straub für die CSU-Fraktion das Wort.

Karl Straub (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab ist festzustellen: Der Antrag der AfD zielt mal wieder nicht darauf, dass Bayern bayerisch bleibt. Im Kern meint er eigentlich: Ausländer raus!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das hat nichts mit der bayerischen Lebensart und der bayerischen Kultur zu tun. Das Motto der bayerischen Lebensart lautet: Leben und leben lassen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Der Bayer an sich ist schon seit jeher anderen Kulturen gegenüber offen. Wer das nicht glaubt, der sollte sich mal auf der Wies'n an einen Tisch setzen. Dort sitzen gestandene Bayern und Ausländer an einem Tisch. Dort kann man erleben, wie man hier in Bayern zusammenlebt. Das ist nicht so, wie es die AfD in ihrer Rede beschreibt. Ich weiß nicht, in welchem Land Sie eigentlich leben.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Das Bayern, das sich die AfD vorstellt, wollen wir hier in Bayern nicht haben.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich komme zur Sache, obwohl es mir nach einer solchen Rede wirklich schwerfällt. Sie fordern die Förderung der freiwilligen Ausreise. Bayern und der Bund tun an dieser Stelle bereits außerordentlich viel. Die Beispiele reichen von Rückkehrinformationspaketen über Rückkehr-Hotlines bis hin zu flächendeckenden Rückkehrberatungsangeboten.

Ich komme zu den Rückkehrinformationspaketen. Um über die Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr zum frühestmöglichen Zeitpunkt informiert zu werden, werden ankommende Asylbewerber vom BAMF bereits über Rückkehrangebote informiert.

Eine bundesweite Rückkehr-Hotline des BAMF nimmt Anfragen von Migrantinnen und Migranten entgegen, die sich für eine Rückkehr in ihr Heimatland interessieren. Bei der Hotline erhalten sie auch Auskunft darüber, an welche Rückkehrberatungsstellen sie sich für eine individuelle Beratung in der Nähe ihres aktuellen Wohnorts wenden können.

Wir haben ein flächendeckendes Rückkehrberatungsangebot. In Bayern existiert ein Rückkehrberatungsangebot von staatlichen und nicht staatlichen Rückkehrberatungsstellen, das eine qualitativ hochwertige und intensive Beratung von Drittstaatsangehörigen über ihre Rückkehrmöglichkeiten sicherstellt.

Wir tun auch finanziell einiges. Die finanzielle Förderung einer freiwilligen Rückkehr erfolgt sowohl aus Bundesmitteln als auch aus Landesmitteln. Der Erfolg dieses Projektes zeigt sich. Wir hatten in Bayern im Jahr 2018 11.700 freiwillige Rückkehrer. Gestern erst hat der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, der eine hervorragende Arbeit leistet und dem man an dieser Stelle danken muss, in einer Pressemitteilung Bilanz gezogen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 22.000 neue Asylbewerber und 15.000 Ausreisende. Das heißt, die Spanne zwischen Neuankömmlingen und Ausreisenden wird immer geringer. Ich denke, dies wird sich so weiterentwickeln, weil das Innenministerium eine hervorragende Arbeit leistet.

Zu den finanziell geförderten Programmen im Einzelnen, den sogenannten REAG- und GARP-Programmen. Sicherlich wäre es für die AfD sehr interessant, sich das einmal anzuhören. Das REAG/GARP-Programm wird im Auftrag des Bundes und der Länder durch die Internationale Organisation für Migration verwaltet. Die Förderrichtlinien werden, was die Herkunftsländer und die Förderhöhe betrifft, jährlich zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Die GARP-Staatenliste umfasst 2019 insgesamt 45 Herkunftsstaaten. Das Programm bezieht sich beispielsweise auf Reisekosten, Reisebeihilfen, medizinisch bedingte Zusatzkosten und eine Starthilfe, was ich sehr wichtig finde, denn Abschiebung und Heimkehr muss humanitär sein. Sie beträgt für Erwachsene 1.000 Euro und für Minderjährige 500 Euro. Maximal ist der Betrag für Familien auf 3.500 Euro begrenzt.

Wir haben ein eigenes Bayerisches Rückkehrprogramm. Im neuen Bayerischen Rückkehrprogramm werden die beiden bisherigen bayerischen Förderprogramme des Innenministeriums und des Sozialministeriums zusammengeführt. Somit wird eine einheitliche Förderung in Bayern sichergestellt. Gleichzeitig wurde das Programm mit weiteren Hilfsangeboten ausgeweitet. Die Förderung knüpft an die individuellen Bedürfnisse der ausreisewilligen Personen an und setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Das sind beispielsweise Reisekosten, eine einmalige persönliche Reintegrationshilfe, ein Wohn- oder auch Lohnkostenzuschuss, medizinische Unterstützung. Wir wollen nicht, dass die Leute mit nichts zu Hause ankommen.

Neben der Finanzierung der Zentralen Rückkehrberatungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden ist das bayerische Innenministerium an weiteren Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr beteiligt. Es existieren weitere Angebote zur Rückkehrberatung und -förderung. So fördert das Staatsministerium des Innern vier von Wohlfahrts-

verbänden bzw. der Landeshauptstadt München getragene Zentrale Rückkehrberatungsstellen mit Standorten in München, Augsburg, Kempten, Mühldorf am Inn, Nürnberg und Würzburg. Sie beraten sowohl Asylbewerber im laufenden Asylverfahren als auch abgelehnte Asylbewerber sowie Personen mit zuerkanntem Schutzstatus.

Einzigartig im Bund ist das Bayerische Landesamt für Asyl. Seit Gründung des Landesamtes für Asyl und Rückführungen ist dieses für die Erarbeitung, Abstimmung und Umsetzung von Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen sowie für die Förderung von Rückkehr- und Reintegrationsprojekten zuständig. Das Landesamt koordiniert diese Aufgaben.

Zum Schluss: Selbstverständlich bringen wir ausreichend Finanzmittel für die Rückkehrberatung auf. Selbstverständlich bringen wir in Bayern auch Finanzmittel für Integration auf. Beides ist gut und richtig, kein "Entweder-oder", sondern ein "Und". Ein pauschales "Ausländer raus aus Bayern", welches sich die AfD wünscht, wollen wir in Bayern aber nicht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Straub, bleiben Sie bitte am Pult. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Straub, erst einmal möchte ich zurückweisen, was Sie sagten. Ein generelles "Ausländer raus" haben Sie von uns nicht gehört. Das werden Sie auch nicht hören.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Ha, ha!)

Sie haben uns aber wunderbar aufgezeigt, welche Rückkehrmaßnahmen die Bayerische Staatsregierung vor allem über das Landesamt für Asyl und Rückführungen be-

reitestellt und schon unterhält. Da sind wir doch gar nicht so weit auseinander, Herr Kollege. Wäre es nicht eine Sache, mehr Geld in diese Richtung fließen zu lassen?

Karl Straub (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege, wo weit wie wir beide auseinander sind, kann man hier gar nicht beschreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Maier, Sie haben hier einen Vortrag gehalten; wenn man Ihren Antrag im Wortlaut durchliest, dann ist das nichts anderes als ein "Ausländer raus". Da können Sie hier sagen, was Sie wollen.

(Unruhe bei der AfD)

Nach außen hin setzen Sie manchmal die harmlose Brille auf. Wenn man aber Ihren Antrag hier durchliest, dann ist das ein "Ausländer raus". Sie wollen anerkannte Flüchtlinge raus haben, und Sie wollen nicht anerkannte raus haben. Das ist mit der CSU aber nicht zu machen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Unruhe bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter Straub. – Als Nächste hat Frau Abgeordnete Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass wir im Jahr 2019 bei der Einwanderungsdebatte bei Adam und Eva anfangen werden.

(Zuruf von der AfD: Willkommen in der Realität!)

Betrachten Sie daher, Kolleginnen und Kollegen, meine Rede gerne als kostenlose Weiterbildung in der Einwanderungsgeschichte der Bayern und als Diversity Management.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einwanderung gehört zur Geschichte Bayerns. Denken Sie an die Vertriebenen, die nach 1945 gekommen sind,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das hat doch damit nichts zu tun! – Unruhe bei der AfD)

die sogenannten Gastarbeiter,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Eine Schande ist das, das zu vergleichen! Unerhört! – Anhaltende Unruhe bei der AfD)

die Anfang der 1970er-Jahre aus Italien, der Türkei und dem ehemaligen – Herr Präsident! –

(Anhaltende Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Vertriebenen hier zu vergleichen, das ist eine Schande!)

Jugoslawien gekommen sind, die Aussiedler, die in den 1990er-Jahren aus Russland, aus Kasachstan gekommen sind,

(Anhaltende Unruhe bei der AfD)

die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien, die Menschen aus anderen EU-Staaten. Viele von ihnen sind geblieben. Sie haben Bayern bereichert, Kolleginnen und Kollegen!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Reicher, ja reicher – –

(Anhaltende Unruhe bei der AfD)

– Das müssen Sie jetzt aushalten. – Bayern wurde reicher, weil sie ihre eigene Geschichte, ihre Kultur, ihre Identität mit- und eingebracht haben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist noch schlimmer! Dass wir uns das anhören müssen!)

Mittlerweile wird Russisch als Fremdsprache an einigen Gymnasien akzeptiert und auch gefördert. Das ist auch gut so. Warum machen wir das, was mit Russisch gegangen ist, nicht auch mit anderen Sprachen, liebe CSU? – Wie wäre ein Abitur mit Arabisch als zweiter Fremdsprache? – Das wäre die richtige Lehre aus der Einwanderungsgeschichte.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der AfD)

– Das müssen Sie jetzt aushalten. – Bayern ist durch die neuen Impulse, Ideen und Einflüsse reicher geworden, Kolleginnen und Kollegen, reicher auch, weil der Wohlstand, den wir heute in Bayern haben, ohne die Eingewanderten gar nicht denkbar wäre.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD)

Im Großen und Ganzen sind die Eingewanderten nämlich gut integriert. Dass dies so ist, das liegt daran, dass sie fleißig sind, so wie meine Eltern, mein Vater. Es lag daran, dass sich viele dieser Menschen selber integriert haben, sich selbst bemüht haben, hier anzukommen. Es liegt auch an den Menschen, die ihnen die Türen geöffnet haben, wie damals bei den Vertriebenen nach 1945. Es gab und gibt viele, die sich darum gekümmert haben,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hören Sie mit diesem Vergleich auf!)

dass Flüchtlinge willkommen sind.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt aber noch Verbesserungsbedarf. Erfolgreiche berufliche oder schulische Karrieren sind für Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte deutlich schwerer und seltener. Kolleginnen und Kollegen, das ist aber ein soziales Problem, kein kulturelles. Statt dass Integration gefördert wird und wir die Chancen gerecht verteilen, gibt es immer noch viel zu viele Hürden. Das zu ändern ist eine politische Aufgabe. Hier haben wir Nachholbedarf.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Hürden liegen bei den Zuwanderern selbst! Sie liegen nicht bei uns!)

Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir auf den allseits beklagten Mangel an Fachkräften schauen, was können wir als politisch Verantwortliche für gelingende Integration tun?

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Wenn ich Fachkräfte höre! Sprengstoffdenken!)

Wir GRÜNE sind eine Partei der Vielfalt. Zur Integration geben wir klare Ziele vor und benennen vor allem Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Maßnahmen sind für mehr Integration und mehr Vielfalt notwendig? – Dazu ein paar Beispiele: Gesellschaftliche Teilhabe erfolgt durch Sprache, also brauchen wir flächendeckende Sprachkurse,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung und Förderung von Anfang an, klare, verbindliche Durchlässigkeit, egal, ob die Mutter Anwältin ist oder der Vater Reinigungskraft. Wir wollen hier keine populistischen Debatten führen. An den Konzepten scheitert es nicht. Wir haben die nötigen Maßnahmen und die Konzepte, die wir verwirklichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich aber nicht auskennen – und hier spreche ich auch gerne die Kollegen von der CSU an –, fragen Sie uns, fragen Sie mich. Ich schreibe es Ihnen gerne auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wir Integration gestalten, hat Folgen für jeden Einzelnen von uns und für ganz Bayern. Sie braucht nämlich Einheit in der Vielfalt, Kolleginnen und Kollegen. Bayern braucht mehr Integration, nicht weniger.

(Wortmeldung des Abgeordneten Raimund Swoboda (AfD))

Ich komme gleich zum Schluss, dann können wir die Zwischenbemerkung zulassen. – Kolleginnen und Kollegen, ich mache mir weniger Sorgen, dass die Integration nicht funktionieren wird, wenn wir die politische Mehrheit haben. Ich mache mir mehr Sorgen, wie wir Menschen, die unsere Demokratie verachten, wieder in unsere Demokratie zurückholen können. Das ist mein Problem.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Demirel. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Swoboda von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

(Unruhe bei den GRÜNEN)

ich danke Ihnen für Ihre Auffassung von Integration und Einwanderungsgeschichte. Gestatten Sie mir dazu eine Zwischenbemerkung? – Wenn Deutsche nach Deutschland zurückkehren, dann hat das mit Einwanderung nichts zu tun,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oje!)

sondern mit Rückkehr in die Heimat.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das war jetzt aber keine Frage.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Der zweite Punkt: Wenn aber Ausländer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen illegal über die Grenze nach Deutschland kommen, dann ist das auch keine Einwanderung, sondern, wie es eben in den Gesetzen steht, illegale Einreise und illegaler Aufenthalt.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das steht aber nicht im Gesetz!)

Wenn Sie sagen, Sie möchten gerne Einwanderung, dann haben wir etwas gemeinsam.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir möchten Einwanderung, gesteuert durch die verfassungsmäßige und rechtliche Grundlage, die unser Land vorsieht. Das gab es eigentlich schon immer. Die amtierende Bundesregierung hat jetzt vor, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen, das Ihren Forderungen entspricht und auch uns ganz recht ist.

Zum Vorredner gesagt: Mit Ausländerfeindlichkeit hat das gar nichts zu tun,

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Klaus Adelt (SPD): Überhaupt nicht!)

sondern einfach nur mit der Interpretation unserer Geschichte und unserer Gesetze. Vielleicht haben Sie in meiner Zwischenbemerkung jetzt eine kleine Anregung gefunden, einmal über Ihre Meinung nachzudenken und nicht immer die andere Meinung zu kritisieren.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Das glaube ich nicht! – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oje! – Herr Kollege! – Beifall bei den GRÜNEN)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie haben meiner Rede nicht zugehört. Dabei setze ich einen Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel.
– Das Wort hat Herr Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren!
"Damit Bayern bayerisch bleibt" – das klingt erst einmal ganz gut, und vielleicht hoffen Sie auch darauf, dass Sie den einen oder anderen vorschnell zum Kopfnicken bringen. Ich sage Ihnen aber: Bayern bleibt nur dann bayerisch, wenn man Ihnen nicht auf den Leim geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Sie kommen wie der Wolf im Schafspelz daher.

Der Kollege Straub hat zum Glück schon sehr eindringlich und genau geschildert, wie viel in Bayern für freiwillige Rückkehr unternommen wird. Wenn Sie jetzt sagen, es brauche noch ein bisschen mehr Geld für freiwillige Rückkehr, dann klingt auch das beim ersten Hören noch ganz gut. Sie zeigen aber mit der Verknüpfung, die Sie danach machen, wes Geistes Kind Sie sind. Sie wollen nämlich gar nicht mehr Geld für Rückkehrhilfen, Sie wollen kein Geld für Integration – das ist die Quintessenz Ihres Antrages. Meine Damen und Herren, das ist letzten Endes Ihre Gesinnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Wir wollen es nur kostenneutral!)

Sie wollen nicht einfach umschichten; Sie wollen keinen einzigen Cent mehr für Integration ausgeben.

Meine Damen und Herren, dabei werfen Sie alle in einen Topf: Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge, eigentlich jeden, der nicht hier geboren ist, letztlich alle Menschen, die keinen deutschen Pass und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Sie wollen niemanden integrieren, überhaupt niemanden. Sie wollen nicht denjenigen, der einen wirklich anerkannten Asylgrund hat, integrieren. Sie wollen nicht denjenigen integrieren, der faktisch nicht mehr in sein Heimatland zurückkehren kann. Sie wollen nicht denjenigen integrieren, der überhaupt nicht auf der Flucht ist, sondern geholt worden ist, weil man ihn hier in der Wirtschaft, in der Forschung, auf dem Bau und im Handwerk braucht.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Was für ein Müll!)

Sie wollen auch diejenigen nicht integrieren, die am Ende Ihre Großeltern pflegen und Ihren Müll wegfahren. Meine Damen und Herren, Sie wollen auch diejenigen nicht integrieren, die sich völlig rechtstreu verhalten, die Deutsch gelernt haben und seit Jahren mit Ihren Kindern zusammen im Verein Sport treiben, sich gesellschaftlich engagieren und an unserem Wohlstand mitarbeiten.

Warum wollen Sie das alles nicht? – Ich sage es Ihnen: Weil Integration überhaupt nicht zu Ihrem Weltbild passt, weil in Ihrem Weltbild überhaupt kein Platz ist für den Nachbarn, der keinen deutschen Pass hat – nicht für den Lehrer aus Porto, nicht für den Software-Entwickler aus Mumbai, nicht für die Studentin aus Budapest und schon gar nicht für einen Verfolgten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Zurufe von der AfD)

Ich sage Ihnen auch, warum das nicht in Ihr Weltbild passt: Weil nämlich Integrierte für Ihr Politikmodell der Angst vor allem Fremden schädlich sind. Meine Damen und Herren, so ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Vorsicht ist immer angebracht!)

Sie tun gerade so, obwohl es in Ihrem Antrag anders steht, als beträfe Integration nur illegale Flüchtlinge. Weil das alles nicht in Ihr Weltbild passt, beziehen Sie Integration nur auf Flüchtlinge, setzen Flüchtlinge mit Gefährdern und ausländische Mitbürger mit Parallelgesellschaften gleich.

Meine Damen und Herren, mit dieser gewollten Verkürzung fällt es natürlich leicht zu behaupten, dass Integrationsangebote sinnlos seien. Ich bin ganz sicher kein Freund blauäugiger Multikulti-Sprüche. Meine Damen und Herren, Integration war aber schon immer eine bayerische Kernkompetenz. Da muss ich gar nicht die Schwaben erwähnen. Da brauche ich auch nicht zu erwähnen, dass inzwischen sogar ein Franke Ministerpräsident werden kann.

(Heiterkeit – Tobias Reiß (CSU): Das hat es schon öfter gegeben!)

Ich erinnere aber doch an die große bayerische Nachkriegsleistung bei der Aufnahme der Vertriebenen,

(Zuruf von der AfD: Das waren Deutsche!)

die übrigens die Ursache ihrer Vertreibung nicht als "Vogelschiss der Geschichte" gesehen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war doch etwas ganz anderes!)

Meine Damen und Herren, mehr als ein Fünftel der Menschen in Bayern hat einen Migrationshintergrund. Das sind rund drei Millionen Menschen. Genau das macht Bayern aus: seine Vielfalt und die Lebensart "Leben und leben lassen".

Ich zitiere unseren Innenminister: In Bayern gelingt Integration, weil wir Zusammenhalt fördern und Integration stärken. – Es ist gefährliches Zündeln, wenn Sie sämtliche staatlichen Integrationsbemühungen stoppen wollen. Das wissen Sie auch. Es ist gefährliches Zündeln, wenn wir nicht dafür sorgen, dass Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache als Schlüssel zur Integration lernen, unsere Werte und Alltagskompetenzen vermittelt bekommen, Bildung in Kitas und Schulen erfahren und durch Ausbildung und Arbeit in stabile Verhältnisse wachsen. Wenn wir dafür nicht sorgen, dann legen wir eine Lunte und bekommen Zustände, die Sie am liebsten herbeireden würden, weil Ihnen nur eines nützt: Chaos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das muss alles finanziert werden!)

Meine Damen und Herren, Anreize zur freiwilligen Ausreise sind wichtig, aber nur, wenn wir weiterhin alle drei Wege beschreiten: keine falschen Migrationsanreize setzen, Rückkehranreize setzen und Integration fordern und fördern. Dann bleibt Bayern bayerisch und ein Land, in dem nicht Angstmache, sondern "Leben und leben lassen", Wohlstand und Kultur herrschen. Ihr Antrag ist durchsichtig, schäbig und inhaltlich völliger Unsinn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hold, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich noch Herr Maier von der AfD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Hold, danke für Ihre Ausführungen. Ich muss hier aufs Schärfste zurückweisen, wir seien gegen jede Integration. Wir erleben im Alltag ganz genau, dass diejenigen Menschen, die arbeiten und fleißig sind, keine Integrationsleistungen brauchen. Diese Menschen zahlen Steuern und nehmen keine Steuerleistungen in Anspruch. So viel vorab.

Ich will dann noch klarstellen, dass wir gerade in Kindergärten und Schulen eine starke Zunahme von Menschen haben, die nicht in Deutschland geboren sind. Ich sehe unabhängig davon, woher sie kommen, die Gefahr, dass wir in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden.

(Unruhe – Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN den GRÜNEN, der SPD und der FDP: Oje!)

Herr Hold, wie sehen Sie die Auswirkungen einer fortgesetzten – –

(Anhaltende Unruhe)

– Entschuldigung, ich darf meine Zwischenbemerkung hier ausführen.

(Glocke des Präsidenten)

Sehen Sie angesichts der vor uns liegenden migrationspolitischen Herausforderungen und den Entwicklungen der nächsten Jahre die Gefahr, dass wir, wie gesagt, nicht mehr Mehrheit im eigenen Land sein werden

(Unruhe bei den GRÜNEN)

und keine deutsche Leitkultur mehr definieren können?

(Beifall bei der AfD)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich danke Ihnen sehr herzlich für diesen demaskierenden Wortbeitrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich glaube, ich fasse einfach einmal zusammen, was Sie gerade gesagt haben: Sie sind nicht gegen Integration, wenn dafür keine Integrationsmaßnahmen notwendig sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben auch nichts gegen ausländische Mitbürger, es sei denn, diese gehen tatsächlich in den Kindergarten oder in die Schule. Meine Damen und Herren, danke schön.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Hold. – Das Wort hat Frau Alexandra Hiersemann von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dem Himmel sei Dank, dass der Antrag der AfD in schriftlicher Form vorliegt; denn nach dem mündlichen Redebeitrag des Herrn Maier hätte man überhaupt nicht gewusst, worum es hier eigentlich gehen soll.

"Damit Bayern bayerisch bleibt" – in der Vorstellung der AfD von "bayerisch in Bayern" gibt es keine Migranten und keine Schutzsuchenden mehr und schon gar kein offenes Miteinander zwischen den Menschen. In Ihrem bayerischen Bayern gäbe es keine Stadt Erlangen. Aus dem Dorf Erlangen wurde 1686 durch den Zuzug von vielen, vielen Religionsflüchtlingen aus Frankreich die Großstadt Erlangen. Einen wesentlichen Anteil haben diese Religionsflüchtlinge, deren Nachkommen in Erlangen immer noch mit Stolz ihren französischen Namen tragen, an der Entwicklung dieser Stadt gehabt.

(Zuruf von der AfD)

In Ihrem Bild von Bayern sollen auch keine Integrationsmaßnahmen mehr für Flüchtlinge, für Opfer von Menschenhandel, für Schutzsuchende aus anderen Ländern überhaupt geleistet werden. Sie von der AfD wollen ein Bayern, in dem Sie unter sich sind, selbstgefällig gegenüber denen, die ohne eigenes Verschulden unsere Hilfe brauchen und denen Sie jegliche Unterstützung versagen wollen.

Am 23. Januar dieses Jahres haben Sie in diesem Hause Ihre Haltung gegenüber Menschen, die unter schwerster Verfolgung leiden mussten, sehr deutlich gezeigt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Zuruf von der AfD: Stimmt überhaupt nicht!)

Sie schwafeln von einem nicht existenten Masterplan und vermischen absichtlich die Adressaten und Leistungsempfänger von humanitären Hilfsprogrammen in Bund und Ländern. Sachliche und vor allem richtige Informationen sind nicht Ihr Ziel. Sie wollen ausgrenzen und weiter spalten und nennen das Patriotismus. Nach Ihrem Gesellschaftsbild darf es daher auch keine Integration derer geben, die zu uns gekommen sind, keinerlei Integration derer. Sie sprechen von sogenannter Integration. Sie sprechen in der Begründung Ihres Antrags davon, dass humanitäre Grundsätze nicht nötig wären.

(Christoph Maier (AfD): Falsch!)

Und nun wollen Sie deshalb, aus Ihrer Sicht folgerichtig, alle Mittel für Integration, alle Mittel für ein friedliches Miteinander hier unter uns umleiten. Ja, damit Bayern baye-risch bleibt, wollen Sie staatliche Finanzmittel umleiten. Mit der Umleitung und Zweck-entfremdung von Geldern haben Sie Erfahrung; das bemerkt man, wenn man Ihren Umgang mit Spendengeldern aus dem In- und Ausland betrachtet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über all das kann man nicht diskutieren; über all das lässt sich nicht diskutieren. Ein derartiger Antrag kann ausdrücklich schlicht nur abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Swoboda von der AfD-Fraktion gemeldet.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Kollegin Hiersemann, auch Sie interpretieren in den Antrag etwas hinein, was nicht stimmt. Ich darf

Sie an das Parteiprogramm Ihrer großen Bruder- oder Schwesterpartei CDU aus dem Jahr 2007 auf Bundesebene erinnern.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: "Schwesterpartei"!)

Darin ist nachzulesen – das können Sie auch überprüfen –, was man mit Integration meint. Man meint damit – und wir meinen das heute noch für Bayern –, dass diejenigen, die zu uns kommen, willkommen sind, wenn sie so leben möchten, wie wir leben, wenn sie so sein wollen, sich ins Volk integrieren, wie wir uns integrieren

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

und damit ein Bestandteil der bayerischen Bevölkerung und des bayerischen Staatsvolks werden. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Und wenn Sie jetzt diesen Antrag von uns so interpretieren möchten, wie Sie und auch andere es tun, dann ist das böswillig.

Wir möchten Schwerpunkte setzen, meine sehr verehrte Frau Hiersemann, für Korrekturen einer Politik, die in die falsche Richtung geht. Das heißt, die Mittel, die wir zur Verfügung haben und die nicht endlos sind, wollen wir zielgerichtet einsetzen. Dafür wollen wir auch, dass diejenigen, die zurückgehen sollen und müssen, auch zurückgehen. Das wollen wir ihnen erleichtern mit einem finanziellen Anreiz. Geld ist nichts Schmutziges in einer kapitalistischen Welt; das werden Sie doch einräumen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Hiersemann, Sie haben das Wort.

Alexandra Hiersemann (SPD): Ich weiß nicht, warum es für die Damen und Herren von der AfD so schwierig ist, eine schlichte Frage zu stellen. Bisher ist es Ihnen heute nämlich nicht gelungen, einfach eine Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Sie treffen nur Feststellungen und postulieren. Dennoch möchte ich deutlich machen, dass bei allem Respekt und aller Sympathie für den Kollegen Straub, auch für seine heutige Rede, die CDU/CSU und meine Fraktion nicht verwandt sind und wir deshalb auch keine Schwesterparteien sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CSU und der GRÜNEN – Alexander König (CSU): Wir zweifeln auch manchmal an den Verwandtschaftsverhältnissen!)

Ich muss Ihnen sagen: Eine Interpretation Ihrer Anträge und Ihrer Redebeiträge ist schlicht nicht möglich, weil sie eindeutig demaskierend sind, wie der Kollege Hold das eben sehr deutlich gesagt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. – Zu Wort meldet sich der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Martin Hagen. Bitte.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Damit Bayern bayerisch bleibt", das ist der Titel dieses Antrags der AfD. Jetzt stellt sich die Frage: Was bedeutet das denn? Was bedeutet denn überhaupt "bayerisch"? – Die Geschichtswissenschaft führt uns zurück zu den Bajuwaren, und die Bajuwaren waren – und jetzt müssen Sie sehr tapfer sein, sehr geehrte Kollegen von der AfD – das Produkt einer multikulturellen Verschmelzung keltischer Urbevölkerung, elb- und ostgermanischer Kleinstämme, alemannischer, fränkischer, thüringischer, ostgotischer und langobardischer Flüchtlinge, ansässiger Römer sowie im Dienst der Römer stehender Söldner aller Herren und Länder.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CSU: Ja Wahnsinn! Wer hat denn das herausgefunden?)

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Bayern ist seit jeher ein Melting Pot. Und das, meine Damen und Herren, waren jetzt nur die Vorfahren der Altbayern; die Stammbäume der Franken und Schwaben dürfen Sie gerne selber recherchieren.

(Heiterkeit bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Sie merken also: Bayern ist seit jeher eine ziemlich bunte Angelegenheit. Und, meine Damen und Herren, wer seine bayerische Heimat wirklich liebt, der schützt sie, und der schützt sie auch vor Hass, Hetze und Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Jetzt aber zum eigentlichen Inhalt Ihres Antrags: Die AfD fordert darin, die Mittel für Integrationsmaßnahmen zu kürzen. Wie perfide, dass gerade Sie, die Sie sich immer laut beklagen, wenn sich Zuwanderer angeblich nicht integrieren, die Integration jetzt auch noch politisch sabotieren wollen! Dabei haben wir bei der Integration von Geflüchteten in den letzten Jahren wirklich große Fortschritte gemacht.

(Christoph Maier (AfD): Sieht man täglich!)

– Das sieht man täglich, das zeigt sich exemplarisch am Arbeitsmarkt: Über 300.000 Geflüchtete hatten letztes Jahr bereits einen Job gefunden; 240.000 davon waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

(Unruhe bei der AfD)

Das sind Hunderttausende individueller Erfolgsgeschichten, werte Kolleginnen und Kollegen. Sie haben mit dem breiten ehrenamtlichen Engagement unserer Bevölkerung zu tun. Sie haben mit den Anstrengungen der bayerischen Unternehmen zu tun. Sie haben aber eben auch mit den staatlichen Maßnahmen wie den Integrations- und Sprachkursen zu tun. Auf die Erfolge dürfen wir ruhig auch stolz sein.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der FREI-
EN WÄHLER und der SPD)

Sie von der AfD fordern jetzt, dass diese Mittel gestrichen werden, dass wir auf Integ-
rationsmaßnahmen verzichten, damit Sie dann auf der gescheiterten Integration Ihr
fremdenfeindliches Süppchen kochen können. Das werden wir garantiert nicht tun.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Sie fordern in Ihrem Antrag weiter, das gesparte Geld in zusätzliche Mittel für Ausrei-
sebeihilfen zu investieren. Das ist schlicht unnötig. Für Flüchtlinge, die freiwillig ausrei-
sen, werden schon jetzt im Rahmen der Programme REAG und GARP die Reisekos-
ten übernommen. Es gibt eine Reisebeihilfe, und es gibt 500 Euro Starthilfe.
Zusätzlich gibt es seit 2017 die sogenannte StarthilfePlus; das sind noch einmal
1.200 Euro pro Kopf obendrauf. Es mangelt also nicht an finanziellen Anreizen. Aber
wen in der alten Heimat Krieg und Verfolgung erwarten, der wird auch für das Doppel-
te oder Dreifache der Summe nicht dorthin zurückkehren, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Genau!)

Wir brauchen schnellere Asylverfahren. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung
geltenden Rechts. Wir brauchen einen effektiven europäischen Grenzschutz. Wir
brauchen Rücknahmeabkommen mit afrikanischen Staaten. Wir brauchen aber garanti-
ert keine Anträge wie diesen. Die FDP-Fraktion wird ihn deswegen ablehnen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der FREI-
EN WÄHLER und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hagen. –
Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Staatsminister Joachim Herrmann. Bitte
sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag enthält einen einzigen richtigen Satz. Dieser richtige Satz ist das zutreffende Zitat: „Die CSU will ein Europa, in dem Deutschland deutsch und Bayern bayrisch bleibt.“ Genau deswegen brauchen wir keine Alternative für Deutschland, weil Deutschland deutsch und Bayern bayrisch und so, wie wir es zu schätzen wissen, bleiben soll.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sachverhalt ist im Prinzip denkbar einfach. Wir stehen zu dem geltenden Asylrecht, wie es in der Bayerischen Verfassung schon 1946 und dann 1949 im deutschen Grundgesetz verankert worden ist. Darüber wird in einem Ausmaß rechtsstaatlich entschieden wie in nur wenigen Ländern der Welt. Daraus ergibt sich, dass viele, die zu Recht hier Schutz suchen, anerkannt werden, und andere, bei denen sich nach näherer Überprüfung herausstellt, dass ihr Antrag nicht berechtigt ist, abgelehnt werden. Das kann von Gerichten überprüft werden, und wenn eine endgültige rechtskräftige Entscheidung vorliegt, muss entsprechend gehandelt werden. Das bedeutet, dass diejenigen, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt worden ist, in aller Regel unser Land zu verlassen haben.

Ich freue mich darüber, dass in diesem Hohen Haus breites Einvernehmen besteht – und darum bemühen wir uns intensiv –, dass es vorrangig Gelegenheit zu einer freiwilligen Ausreise gibt, aber natürlich auch umgekehrt, wenn jemand die Möglichkeiten zur freiwilligen Ausreise nicht wahrnimmt, diese gegebenenfalls konsequent durch Abschiebung vollzogen wird. Die Statistik zeigt, dass wir in dem Punkt freiwillige Ausreisen in Bayern erfolgreich sind. Bei denjenigen, die ausreisepflichtig waren – und darüber hinaus bei noch ein paar Personen, die eigentlich schon Schutz erhalten haben und trotzdem nicht bleiben wollten –, hatten wir im vergangenen Jahr insgesamt 11.742 freiwillige Ausreisen und zudem 3.265 Abschiebungen.

Wir haben die Maßnahmen, um die freiwillige Ausreise auch durch finanzielle Leistungen zu unterstützen, weiter verstärkt und werden sie weiter intensivieren. Freiwillige Ausreisen erleichtern unter anderem dem Staat die Arbeit; deshalb ist das Geld in dieser Hinsicht richtig angelegt. Vor allen Dingen erleichtern sie aber den Betroffenen die Rückkehr in ihre Heimat. Wir wollen ihnen den Start in ihrer alten Heimat auch erleichtern, und deshalb ist es gut, wenn darüber breites Einvernehmen besteht.

Grober Unfug ist aber, dieses in Alternative oder gar in Gegensatz zu den Maßnahmen der Integration für diejenigen Menschen zu setzen, die bleiben dürfen, die anerkannt sind und die Schutz erhalten. Eine Reihe der Zwischenbemerkungen, die in der letzten halben Stunde kamen, waren in sich völlig widersprüchlich. Ab und zu hat einmal jemand versucht, die bestehenden Maßnahmen zu rechtfertigen. Dann kam wieder das krasse Gegenteil, indem zum Beispiel erklärt wurde: Wer ordentlich arbeitet, braucht keine Integrationsleistungen. – Ja, umgekehrt ist es natürlich richtig. Aus anderen Teilen der Welt kommen Menschen, die Schutz suchen und die anerkannt werden. Diese müssen wir natürlich erst einmal integrieren. Sie müssen Deutsch lernen und eine Berufsausbildung erhalten, damit sie dann ordentlich arbeiten können. Ihnen dürfen wir die Integrationsleistungen doch nicht kürzen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Deshalb ist dieser Teil völliger Unfug. Es ist nicht angesagt, Integrationsmaßnahmen zu kürzen und dort Mittel umzuschichten, sondern wir werden gerade im Jahr 2019 die Bemühungen um Integration sicherlich insgesamt noch weiter verstärken.

Wir sind in der Tat das Land der gelingenden Integration; das bestätigt auch die Bundesagentur für Arbeit. Wir sind bereits sehr, sehr erfolgreich bei der Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt. Das Hauptziel soll auch sein, die Menschen dazu zu bringen, von eigener Hände Arbeit leben und ihren Alltag selbst finanzieren zu können. Dabei müssen wir ihnen helfen und sie entsprechend unterstützen. Genau das

tun wir, und darin wollen wir noch besser werden. Deshalb darf es auch keine Kürzung bei den Integrationsleistungen geben.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich nicht nur bei denjenigen, die in staatlichen Institutionen wie der Bundesagentur für Arbeit dafür arbeiten, sondern auch bei den vielen Ehrenamtlichen in unserem Land, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, dass die Integration immer besser gelingt. Vielen Dank dafür! – Den Antrag der AfD bitte ich abzulehnen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat Herr Abgeordneter Swoboda von der AfD-Fraktion.

(Unruhe)

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, schönen Dank dafür, dass Sie meine Zwischenbemerkung akzeptieren. In Erinnerung an unsere gemeinsame und sehr fruchtbare Vergangenheit im Sinne der Sicherheit Deutschlands und Bayerns: Ich erinnere mich sehr gerne an unsere Kompromisse und an unseren gemeinsamen Weg. Heute haben Sie jedoch etwas gesagt, was mich aus diesem Kreis der liebgewonnenen ehemaligen Mitarbeiter praktisch ausgrenzt.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oh!)

Heute sagten Sie im Parlament, Sie bräuchten keine Alternative für Deutschland.

(Zuruf: Jawohl!)

Ich bin aber nun einmal ein Mitglied der Partei Alternative für Deutschland,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Da sind Sie aber selber schuld!)

also brauchen Sie mich auch nicht mehr.

(Unruhe)

Diese kleine Spiegelfechtereier möchte ich gerne aufgreifen, allerdings benutze ich dazu das Florett und nicht wie Sie den Säbel.

Natürlich brauchen Sie keine Alternative für Deutschland, damit Deutschland Deutschland und Bayern Bayern bleibt. Es ist klar: Sie brauchen Nachhilfe, das haben Sie jetzt wieder ganz authentisch gezeigt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Jawohl! Bravo!)

Sie brauchen Nachhilfe. Wem folgen die Bürger auf welche Weise und mit welchen Prozentzahlen? Sie haben 10 % verloren,

(Alexandra Hiersemann (SPD): Frage!)

wir haben 10 % gewonnen. Das sollten Sie sich einmal überlegen, wenn Sie auf die anderen mit dem Säbel einschlagen und sagen: Braucht's ned, schaut's, dass ihr euch schleicht.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Hold (FREIE WÄHLER))

Wir sind jetzt da, wir bleiben da, und wir werden mehr werden. Herr Herrmann, wir sollten anders zusammenarbeiten; am besten fruchtbar für Deutschland und für Bayern.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich sehe mich durch diese Zwischenbemerkung in meiner Erkenntnis bestätigt: Wir brauchen keine Alternative für Deutschland!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zu der bereits angekündigten namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten Abstimmungszeit.

(Namentliche Abstimmung von 12:56 bis 13:01 Uhr)

Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit von fünf Minuten ist zu Ende. Damit ist die Abstimmung beendet. Wir werden jetzt die weiteren Beratungen fortsetzen. Dazu bitte ich Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Damit Bayern bayerisch bleibt – Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise", Drucksache 18/213, bekannt. Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 165 Abgeordnete gestimmt. Ohne Stimm Enthaltungen ist der Antrag damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 31.01.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion AfD; Damit Bayern bayerisch bleibt - Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise (Drucksache 18/213)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann			
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert				Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	20	165	0